

Thomas Url

Privatversicherungswirtschaft: 2006 durch verhaltenes Prämienwachstum geprägt

2006 wurde der Rückgang der Prämieinnahmen in der traditionellen Lebensversicherung durch den Aufschwung in der fondsgebundenen Lebensversicherung nicht vollständig aufgewogen. Bei stabilem Wachstum in der Schaden-Unfallversicherung und weiterhin steigender Zahl versicherter Risiken in der Krankenversicherung verschob sich die Verteilung der Prämieinnahmen zuungunsten der Lebensversicherung. Insgesamt sank die Versicherungsdurchdringung, weil das Prämienwachstum nicht mit dem des nominellen Bruttoinlandsproduktes Schritt hielt. Obwohl die Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen sank, konnten alle Sparten ihre Ertragskennzahlen auf hohem Niveau halten oder sogar verbessern.

Begutachtung: Josef Baumgartner • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauningner • E-Mail-Adressen: Thomas.Url@wifo.ac.at, Ursula.Glauningner@wifo.ac.at

Nach dem hervorragenden Jahr 2005 verlangsamte sich das Prämienwachstum in der österreichischen Privatversicherungswirtschaft 2006 deutlich von +8,8% auf +1,5%. Dafür war vor allem die Stagnation der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung maßgebend, die das außerordentlich hohe Vorjahresniveau nur geringfügig übertrafen. Die anderen zwei Versicherungszweige entwickelten sich 2006 ebenfalls unterdurchschnittlich. Damit blieb die Prämienentwicklung deutlich hinter dem Wachstum des nominellen BIP zurück, und die Versicherungsdurchdringung 2006 sank unter den bisherigen Höchstwert von 2005. Im langjährigen Vergleich erreichte sie dennoch ihr zweithöchstes Niveau (Übersicht 1). Die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungssparten blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Weil die Lebensversicherung leicht an Gewicht verlor, verlagerte sich der Schwerpunkt zugunsten der Kranken- und Schaden-Unfall-Sparte.

Im Jahr 2007 werden sich die Prämieinnahmen entsprechend der Prognose des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs wieder leicht beleben. Insgesamt soll heuer ein Zuwachs von 2,4% erreicht werden; für 2008 wird eine weitere Beschleunigung auf +3,5% erwartet. Am besten dürfte sich 2007 mit +3,0% die Krankenversicherung entwickeln. In den anderen zwei Abteilungen sollen die Prämieinnahmen 2007 jeweils um rund 2,3% zunehmen. Im Vergleich mit der aktuellen WIFO-Prognose für das nominelle BIP von 5,8% erscheinen die Erwartungen pessimistisch und deuten eine weitere Verschlechterung der Versicherungsdurchdringung für das laufende Jahr an. Die Umfrage des WIFO unter den größten österreichischen Versicherungsunternehmen von Ende August 2007 bestätigt die verhaltenen Aussichten für die Branche.

Während sich der österreichische Versicherungsmarkt 2006 auf hohem Niveau konsolidierte, war der Weltmarkt durch einen deutlichen Aufschwung gekennzeichnet. In der Lebensversicherung stiegen die Prämieinnahmen real – also um die Steigerung der Verbraucherpreise bereinigt – um 7,7%. In der Nicht-Lebensversicherung waren die Umsätze um 1,5% höher als im Vorjahr (Swiss Re, 2007). Damit setzte sich die auf internationaler Ebene gespaltene Entwicklung der beiden Bereiche auch 2006 fort. Der österreichische Versicherungsmarkt wich von dieser Entwicklung in der Lebensversicherung deutlich ab – das Prämienvolumen unterschritt das Vorjahresni-

Der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs rechnet 2007 mit einer leichten Belebung der Prämieinnahmen. Vor allem für die Lebensversicherung sind die Aussichten günstig.

Gespaltene Entwicklung auf dem internationalen Versicherungsmarkt

Das reale Prämienwachstum klappte in der Nicht-Lebensversicherung 2006 zwischen Industrie- und Schwellenländern auseinander. Österreich verzeichnete im internationalen Vergleich eine überdurchschnittliche Entwicklung.

veau real um 0,6%. Der Nicht-Leben-Bereich entwickelte sich hingegen weitgehend wie im internationalen Durchschnitt (real +1,7%).

Im Nicht-Leben-Bereich ist auf dem Weltmarkt ein gravierender Unterschied zwischen Industrie- und Schwellenländern zu beobachten: Die Industrieländer verzeichneten 2006 insgesamt nur ein geringfügiges reales Wachstum von 0,6%, während die Prämieinnahmen in den Schwellenländern um 10,8% zunahmen. Die Rate von +1,7% in Österreich liegt also über dem Durchschnitt der Industrieländer.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung ¹⁾
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
2002	14.413	38,8	8,7	52,4	5,60
2003	14.826	38,2	8,8	53,0	5,71
2004	15.831	38,6	8,6	52,8	5,84
2005	17.226	41,2	8,2	50,6	6,16
2006	17.489	40,9	8,3	50,8	5,98

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – ¹⁾ Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien.

Der Versicherungsmarkt in Ost-Mitteuropa zeigte sich in der Lebensversicherung besonders dynamisch.

Auf dem für österreichische Versicherer wichtigen Markt in Ost-Mitteuropa vollzog sich in der Lebensversicherung 2006 ein lebhafter Aufschwung (real +19,2%); die Nicht-Lebensversicherung nahm hingegen um nur 9,2% zu. Wieder war der russische Markt durch Sondereffekte in der Lebensversicherung negativ (Auslaufen der Steuerbegünstigungen) und in der Nicht-Lebensversicherung positiv (Erholung der Kfz-Versicherung) geprägt. Dadurch wird die überaus starke Prämienzunahme in der polnischen (+39%), ungarischen (+32%) und slowenischen (+14%) Lebensversicherung überlagert. Gleichzeitig verschärfte sich in den östlichen Nachbarländern Österreichs der Preiswettbewerb in der Nicht-Lebensversicherung, sodass die Prämieinnahmen etwa auf dem Vorjahresniveau verblieben.

Bedenklicher Rückgang der Arbeitsproduktivität

Die Wertschöpfung (Nettoproduktionswert) der österreichischen Versicherungswirtschaft entwickelte sich in den letzten zwei Jahren äußerst sprunghaft. Nach der aktuellen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schrumpfte sie im Jahr 2005 nominell gegenüber dem Vorjahr um 17,5%; 2006 wurde diese Bewegung mit einem Sprung um knapp +21% korrigiert. Aufgrund der von Statistik Austria ermittelten Preissteigerung um 2% (2005) bzw. 27% (2006) war die reale Wertschöpfung jedoch in beiden Jahren stark rückläufig. Die Wertschöpfung der Versicherungswirtschaft hatte zuletzt einen Anteil von 1% am BIP, sodass dieser Wirtschaftsbereich das reale Wachstum des BIP um 0,2 (2005) bzw. 0,05 Prozentpunkte (2006) drückte. Der bereits auf Makroebene spürbar negative Einfluss hat auch Rückwirkungen auf die Produktivitätsentwicklung. Die anhaltende Schwäche der realen Wertschöpfung bei annähernd konstanter Beschäftigung schlug sich in der Versicherungswirtschaft in einer bedenklich schlechten Entwicklung der Arbeitsproduktivität nieder (2005 –15%, 2006 –2,8%). Der ungünstige Verlauf ist teilweise auf die Berechnungsmethode zurückzuführen, die auch die stark schwankenden Zahlungen für Versicherungsfälle berücksichtigt (Url, 2002), es könnten aber auch Messfehler in der Ermittlung der Deflatoren maßgebend sein. Für diese Vermutung sprechen sowohl die ausgezeichnete Gewinnlage der Versicherungswirtschaft als auch der fortschreitende Abbau von Beschäftigten im Innendienst.

EU-Kommission präsentiert Vorschlag für Solvabilität-II-Rahmenrichtlinie

Die Vorbereitungen zu "Solvabilität II" mündeten im Juli 2007 in der Präsentation des Vorschlags für eine Rahmenrichtlinie durch die Europäische Kommission (KOM 2007/361). Darin wurden die Erfahrungen aus dem Feldtest und die Rückmeldungen der betroffenen Aufsichtsbehörden, der Europäischen Zentralbank sowie der Interessenvertretungen eingearbeitet. Die österreichischen Versicherer beteiligten sich überwiegend an der Testphase für die harmonisierte Berechnung der erforderlichen

Eigenmittel. Die Europäische Kommission gibt im Wesentlichen drei Gründe für die Erarbeitung einer neuen Richtlinie an:

- Das derzeitig verwendete System zur Berechnung des Eigenkapitalerfordernisses von Versicherern berücksichtigt keine Markt-, Kredit- und versicherungsbetrieblichen Risiken und erfordert auch keine laufende qualitative Einschätzung des Risikomanagementsystems eines Versicherungsunternehmens durch die Aufsichtsbehörde. Dadurch wird in zu geringem Ausmaß auf wirtschaftliche Bewertungsgrundsätze zurückgegriffen. Die risikobasierte Berechnung des Eigenkapitalerfordernisses soll einen Interessensausgleich zwischen Konsumentenschutz und Kostensteigerung durch die unter Umständen höhere Eigenkapitalunterlegung erzielen.
- Derzeit kann die nationale Aufsichtsbehörde bzw. der Gesetzgeber zusätzliche Regeln auf nationaler Ebene erlassen. Dadurch sind die Wettbewerbsgleichheit unter den Unternehmen und damit auch der Versicherungsbinnenmarkt gefährdet. Gemeinsam mit den Vorschriften zur Rechnungslegung bestehen so in den einzelnen EU-Ländern unterschiedliche Rahmenbedingungen für Versicherer; in den letzten Jahren war hier zudem keine Konvergenz zu beobachten.
- Mit der zunehmenden überregionalen Verschmelzung von Finanzdienstleistern in der EU ändert sich die Organisationsform der Unternehmensgruppen. Wesentliche Teile der Unternehmensaktivitäten werden zentralisiert, wobei ein unternehmensweites Risikomanagement das Eigenkapitalerfordernis nationaler Tochterunternehmen sowohl im Kredit- als auch im Versicherungssektor stark beeinflusst. Die koordinierte Beaufsichtigung von Gruppen im Rahmen des "Lead Supervisor" auf nationaler Ebene wird dieser Struktur nicht mehr gerecht und soll durch eine harmonisierte Gruppenbeaufsichtigung abgelöst werden.

Die EU-Rahmenrichtlinie "Solvabilität II" wird die Kriterien zur Berechnung des Eigenkapitalerfordernisses erweitern. Sie erfordert eine laufende qualitative Einschätzung des Risikos durch die Versicherer und wird die Wettbewerbsbedingungen europaweit vereinheitlichen. Die harmonisierte Gruppenaufsicht soll in einer Aufsichtsbehörde vereint werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 wird die dritte quantitative Auswirkungsstudie (QIS3) abgeschlossen sein, sodass ihre Ergebnisse rechtzeitig für die Beratungen des Europäischen Parlaments und des Rates vorliegen. Eine weitere quantitative Auswirkungsstudie (QIS4) ist bereits geplant und soll zur Feinabstimmung der Durchführungsbestimmungen beitragen. Die Kommission plant, dass Solvabilität II ab 2012 in der Praxis eingesetzt wird.

Aus rechtspolitischer Sicht bedeutet Solvabilität II eine Bereinigung – sie könnte 13 bestehende Richtlinien mit den neuen Solvabilitätsregeln in ein Gesetzeswerk vereinen. Auf dem europäischen Versicherungsmarkt könnte die Richtlinie jedoch einen Konzentrationsprozess einleiten, weil durch ein gut ausgearbeitetes Risikomanagementsystem der Eigenmittelbedarf geringer wird. Ein Risikomanagementsystem bildet jedoch gleichzeitig einen Fixkostenbestandteil, sodass für große Unternehmen gleichzeitig ein Kostenvorteil in Form sinkender Durchschnittskosten entsteht. Verbunden damit sind auch niedrigere Eigenkapitalkosten. Aus Sicht der Wettbewerbspolitik erscheint daher eine vereinfachte Form des Risikomanagements für kleine Versicherungsunternehmen, wie sie aus dem Kreditwesen ("Basel II") bekannt ist, angebracht.

Solvabilität II bringt eine rechtliche Vereinfachung. Diesem Vorteil stehen die hohen Kosten individueller Risikomanagementsysteme gegenüber. Die Wettbewerbspolitik wird darauf achten müssen, dass Größenvorteile nicht zu einer Verdrängung kleiner Versicherungsunternehmen führen.

Nachdem die im Verbraucherpreisindex enthaltenen Preise von Versicherungsprodukten in den Vorjahren überdurchschnittlich rasch gestiegen waren, wirkten sie 2006 stabilisierend (Übersicht 2). Besonders auffallend sind der Rückgang der Preise in der Kfz-Teilkaskoversicherung seit zwei Jahren und die scharfe Korrektur in der Kfz-Haftpflichtversicherung. Hatten die Versicherer die Preise von Kfz-Haftpflichtversicherungen 2005 merklich angehoben, so sahen sie sich 2006 zu einer teilweisen Rücknahme dieses Schrittes veranlasst. Eine Ursache könnte hier der auch 2006 anhaltende Rückgang der Schaden- und Leistungsfälle in der Kfz-Haftpflicht (-0,8%) gewesen sein. Die Schadenquote erreichte mit 64,4% 2006 ihren bisher niedrigsten Wert, der entsprechenden Spielraum für Preissenkungen bot.

Versicherungspreise dämpfen 2006 allgemeine Inflation

Die Preise der Versicherungsprodukte im VPI gingen stärker zurück als die Durchschnittsprämie vergleichbarer Versicherungsprodukte.

Die Preismessung im VPI wird durch nicht erfasste Rabatte, Selbstbehalte und Änderungen der Versicherungssumme erschwert und verzerrt. So wurde die im VPI wiedergegebene massive Preisanhebung in der Kfz-Haftpflichtversicherung 2005 durch die Entwicklung der durchschnittlichen Prämie je Kfz-Haftpflichttrisiko nicht bestätigt (+5,4% versus +1,6%). Im Jahr 2006 zeigte dieser alternative Preisindikator in dieselbe Richtung wie der VPI, wenn auch die Größenordnung der Preissenkung im VPI überzogen erscheint (-2,4% versus -1,5%). In den letzten zwei Jahren könnte hingegen die Preismessung der Kfz-Teilkaskoversicherung nach unten verzerrt gewesen sein. Die durchschnittliche Prämie je Risiko stieg in der Kaskoversicherung 2005 um 3,2%, 2006 stagnierte sie; beide Werte übertrafen die entsprechende VPI-Komponente deutlich (Übersicht 2).

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 2005

	Gewicht im Warenkorb		2002	2003	2004	2005	2006	2007 ¹⁾
	Bis 2005	Ab 2006						
	In %		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,650	0,299	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0
Bündelversicherung für Eigenheim	0,337	0,665	+ 2,2	+ 3,0	+ 4,7	+ 5,5	+ 1,0	+ 4,5
Krankenzusatzversicherung	1,294	1,831	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,1
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,150	1,001	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,9	+ 5,4	- 2,4	- 2,0
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,133	0,087	+ 3,3	+ 1,6	± 0,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,2
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,352	0,584	+ 4,8	+ 2,4	+ 5,5	- 4,7	- 9,8	+ 2,6
Privatversicherungsformen insgesamt	3,914	4,466	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,3	- 0,2	+ 1,9
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			+ 0,14	+ 0,14	+ 0,12	+ 0,13	- 0,01	+ 0,08

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis August.

Mit Ausnahme der Bündel-Eigenheimversicherung lag die Preissteigerung der anderen Versicherungsprodukte über dem allgemeinen Preisauftrieb. Besonders kräftig nahmen wieder die Preise von Krankenzusatzversicherungen zu. Für diese Sparte kann ebenfalls die durchschnittliche Prämie je Risiko zum Vergleich herangezogen werden; sie nahm 2006 um nur 1,9% zu, und 2005 war sogar ein Rückgang um 4,1% zu verzeichnen. Dagegen beschleunigte sich die Kostendynamik in der für die Krankenzusatzversicherung wichtigsten Ausgabenkategorie, den Spitalskosten, auf +4,3% (2005 +3,4%).

Nach den vorläufigen Informationen für das Jahr 2007 steigen die Preise von Versicherungsprodukten heuer im Gleichschritt mit der allgemeinen Inflation.

Für 2007 liegen VPI-Werte bis zum August vor, sodass bereits ein gutes Bild von der aktuellen Entwicklung in der Versicherungswirtschaft gezeichnet werden kann. Demnach steigen die Preise von Versicherungsprodukten im Einklang mit dem Verbraucherpreisindex. Die Eigenheimbündelversicherung und die Krankenzusatzversicherung stechen dabei als Ausnahmen hervor (Übersicht 2). In der Kfz-Haftpflichtversicherung scheint sich der Preisverfall 2007 fortzusetzen.

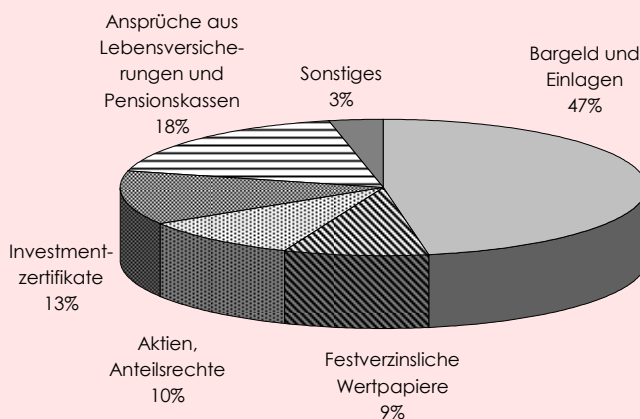
Lebensversicherung stabilisiert sich auf hohem Niveau

Die Prämieinnahmen der Lebensversicherung erreichten nach dem sprunghaften Anstieg 2005 ein hohes Niveau, von dem aus sich die Aufwärtstendenz abgeschwächt fortsetzte. Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren für die Lebensversicherung vorteilhaft: Das Wachstum des nominellen verfügbaren Einkommens beschleunigte sich 2006 auf 4,3%, und die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Benchmark) blieb mit 3,8% im Jahresdurchschnitt niedrig. Aufgrund des Anstiegs der Sparquote und kräftiger Kursgewinne an den Börsen weitete sich das Geldvermögen der privaten Haushalte 2006 um 11,4% aus. Die Lebensversicherungen profitierten von dieser Entwicklung nur teilweise. Die Struktur des Geldvermögens der privaten Haushalte (Abbildung 1) verschob sich 2006 weg von den liquiden Komponenten und der Altersvorsorge im weitesten Sinn hin zu festverzinslichen Wertpapieren und Anteilsrechten. Dadurch sank der Anteil der Lebensversicherungen am Geldvermögen auf 14,5% (2005: 14,8%).

Das Nachlassen der Prämiedynamik war vorwiegend auf den Einbruch der Einmal-erläge in der klassischen Lebensversicherung zurückzuführen (-16,4%). Insgesamt verzeichnete diese Sparte ein schwieriges Jahr, weil auch die Prämien von Verträgen gegen laufende Zahlung um nur 2% zunahm. In Anbetracht der weiten Verbreitung indexierter Verträge, in denen die laufende Beitragszahlung zum Schutz gegen die Kaufkraftentwertung mit dem VPI erhöht wird, entsteht der Eindruck einer Stagnation in diesem Produktsegment, der auch durch die Veränderung der Zahl versicherter Risiken bestätigt wird. Obwohl die Zahl der Risiken in der Erlebensversicherung leicht stieg (+2,0%), war diese Sparte vom Prämienrückgang am stärksten betroffen (-13%). Das Bild einer Zunahme der Zahl der Risiken bei verringertem Prämien-volumen gilt auch für die Rentenversicherungen (-6,8%): Da um knapp 7% mehr Risiken gezeichnet wurden, ging die durchschnittliche Prämienzahlung in der Rentenversicherung auf 970 € pro Jahr zurück (-12,9%).

Die klassische Lebensversicherung verlor 2006 Marktanteile. Von dieser Entwicklung waren die Einmal-erläge besonders betroffen; dadurch ergab sich ein Rückgang der durchschnittlichen Prämie je Risiko.

Abbildung 1: Verteilung des privaten Geldvermögens 2006



Q: OeNB.

Die Gruppenversicherung koppelte sich von der allgemein verhaltenen Entwicklung ab. Erstmals erlangte die Rentenversicherung die größte Bedeutung innerhalb der Gruppenlebensversicherung.

Kollektive Vorsorgeinstrumente schnitten deutlich besser ab als die Einzelversicherung. Insgesamt steigerte die Gruppenversicherung ihre Prämieinnahmen um 18,5%, wobei hier erstmals die Rentenversicherung mit Prämieinnahmen von 136 Mio. € die größte Bedeutung erlangte. Diese der betrieblichen Lebensversicherung zuzurechnende Form der Altersvorsorge reagierte damit bereits im Rumpfsjahr der betrieblichen Kollektivvorsorge merklich auf die neuen gesetzlichen Grundlagen, die mit September 2006 wirksam wurden. Der Gesetzgeber schuf damit gleiche steuerliche und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen zwischen Pensionskassen und Gruppenlebensversicherungen.

Die fondsgebundene Lebensversicherung entzog sich dem allgemeinen Trend. 2006 wurden 660.000 neue Verträge abgeschlossen. Damit wurde im Neugeschäft ein Zuwachs von 3,6% erzielt. Der Rückgang der neu gezeichneten Versicherungssumme um knapp 10% zeigt jedoch, dass auch hier die durchschnittlichen Vertragssummen stark rückläufig waren. Dazu trug auch der vergleichsweise hohe Zuwachs an Prämien in der fondsgebundenen Lebensversicherung mit laufenden Prämienzahlungen bei (+19,5%), die sich wesentlich besser entwickelten als die Einmal-erläge (+8,3%).

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge trug trotz des zweistelligen Wachstums der Vertragszahlen (+28,5%) zur Verflachung der Dynamik bei – im Jahr 2005 war noch eine Zunahme um 64,6% verzeichnet worden. Mit insgesamt 987.500 Anwartschaftsberechtigten verfügten 2006 bereits knapp 20% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter über einen Zukunftsvorsorge-Vertrag. Die meisten Vorsorgewilligen zogen dabei Versicherungen (90%) den Pensionsinvestmentfonds vor. Das Beitragsvolumen erreichte 2006 690 Mio. €; davon nahmen die Versicherer 606 Mio. € ein. Die durchschnittliche Prämie der Zukunftsvorsorge betrug somit 699 €, für Versicherungsverträge war sie mit 685 € etwas niedriger.

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge erfasste 2006 bereits 20% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die hohen Zuwächse in diesem Geschäftsbereich vermitteln der österreichischen Versicherungswirtschaft eine kräftige Steigerung der Prämieinnahmen.

In Umfragen geben erstaunlich viele Jugendliche an, in eine private Altersvorsorge einzuzahlen. Das geringe Vertrauen in die öffentliche Pensionsversicherung und mangelnde Information über die erwartete Pensionshöhe können eine ineffiziente Verteilung des Konsums über die Lebenszeit bewirken und sind damit auch makroökonomisch problematisch.

Die durchschnittliche Beitragszahlung in der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge liegt deutlich unter der gesetzlichen Höchstgrenze.

In Anbetracht der starken Kurssteigerungen an der Wiener Börse wurde die für die Veranlagung der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge wichtige Definition unterkapitalisierter Börsen angepasst.

Der starke Anstieg der ausbezahlten Leistungen wurde durch das Auslaufen von Einmalergängen verursacht, die 1996 in Erwartung einer Verschlechterung der steuerlichen Behandlung von Lebensversicherungen abgeschlossen worden waren.

Aufgrund der großen Bedeutung der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge für das Neugeschäft in der Lebensversicherung (Prämieneinnahmen der Sparte insgesamt +61 Mio. €, in der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge +163 Mio. €; Übersicht 3) richten sich die aktuellen Forderungen der Versicherungswirtschaft auf eine Lockerung der Veranlagungs- und Einzahlungsbestimmungen und auf die Zulassung der traditionellen Lebensversicherung für diese Vorsorgeform (Horwitz, 2006).

Die Bereitschaft zur privaten Altersvorsorge ist in Österreich hoch; durchschnittlich werden ab dem Alter von 30 Jahren Aktivitäten gesetzt (Horwitz, 2006), wie eine Umfrage vom April und Mai 2007 zeigt. Interessant ist dabei der hohe Anteil an Vorsorgewilligen in den unteren Altersgruppen: Etwa 20% der 20- bis 29-Jährigen gaben an, bereits in eine private Altersvorsorge einzuzahlen. Unter den Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren sorgen bereits 8% vor. Für dieses Verhalten dürfte das hohe Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Pensionssystem bestimmend sein: Nur 13% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren betrachten ihre staatliche Pension als voll oder weitgehend gesichert. Dementsprechend hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die meinen mehr für ihre Altersvorsorge unternehmen zu müssen, aber gleichzeitig nicht die dazu notwendigen finanziellen Mittel haben (65%).

Aus Sicht der Sozialpolitik besteht hier ein ungelöstes Informationsproblem, denn mehrere Simulationsstudien zeigen, dass das Pensionsversicherungssystem aus heutiger Perspektive langfristig solvent ist (Baumgartner et al., 2004, 2006, Pinger – Pöltner – Stefanits, 2005). Da die Stabilisierung des Zuschussbedarfs in der Pensionsversicherung auch durch Leistungskürzungen für Erwerbstätige mit ungleichmäßigem Verlauf des Lebensinkommens erzielt wird, sollte das Angebot an Informationen über die erwartete Pensionsleistung aus der öffentlichen Altersvorsorge rasch ausgebaut werden. Nur bei ausreichender Information über die erwartete Pensionsleistung aus dem öffentlichen System können Privathaushalte eine vernünftige Sparscheidung treffen. Risikoaverse Haushalte sparen unter Unsicherheit überhöhte Beiträge und verteilen dadurch ihre Konsummöglichkeiten ineffizient zwischen Arbeitsleben und Ruhestand.

Die Durchschnittsprämie lag in der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge mit 699 € pro Vertrag auch 2006 weit unter dem steuerlich geförderten Höchstbetrag von 2.066 €. Im Jahr 2007 beträgt die Prämie auf Einzahlungen in die prämiengeförderte Zukunftsvorsorge 9%, der geförderte Höchstbetrag wurde auf 2.116 € erhöht. 2008 wird die Prämie auf 9,5% angehoben, der geförderte Höchstbetrag sollte auf 2.170 € steigen.

40% der Beiträge zur prämiengeförderten Zukunftsvorsorge müssen in Aktien veranlagt werden, die an unterkapitalisierten Börsen notieren. Das Verhältnis der Börsenkapitalisierung zum nominellen BIP darf für eine unterkapitalisierte Börse höchstens 30% betragen. Damit soll gewährleistet sein, dass ein Teil des angesparten Vermögens an der Wiener Börse veranlagt wird. Tatsächlich wurde bisher der Großteil der Anteilspapiere an der Wiener Börse erworben (Österreichische Finanzmarktaufsicht, 2007). Aufgrund der hohen Kurssteigerungen der letzten Jahre an der Wiener Börse wurde der Grenzwert überschritten. Im Jahresdurchschnitt 2006 betrug die Börsenkapitalisierung 49,1%. Der Grenzwert zur Definition unterkapitalisierter Börsen von 30% wurde 2007 auf 40% des nominellen BIP erhöht (BGBl. I Nr. 24/2007). Er darf im mehrjährigen Durchschnitt nicht überschritten werden; in nächster Zeit ist daher eine weitere Anhebung zu erwarten.

Aufgrund der Echoeffekte eines steuerpolitischen Eingriffs aus dem Jahr 1996 liefen 2006 zahlreiche Verträge mit Einmalergang aus. Dementsprechend hoch war der Anstieg der ausgezahlten Leistungen in der Lebensversicherung (Übersicht 3). Gleichzeitig war das verhaltene Prämienwachstum eher durch Verträge mit laufenden Prämienzahlungen und durch die starke Reduktion der Einmalergänge geprägt. Diese Entwicklung bewirkte eine lebhaft beschleunigte Entwicklung der Leistungen bei gleichzeitigem Abbau der versicherungstechnischen Rückstellungen. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Stagnation der Finanzerträge.

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt Mio. €	Netto- prämien ¹⁾	Selbst- behaltquote In %	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwen- dungen für Versicherungs- fälle Mio. €	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
2002	5.595	5.296	94,7	1.371	3.678	1.984
2003	5.659	5.346	94,5	2.019	4.379	2.132
2004	6.111	5.800	94,9	2.258	3.291	3.786
2005	7.096	6.790	95,7	2.600	3.480	5.277
2006	7.157	6.844	95,6	2.604	4.011	4.336

Veränderung gegen das Vorjahr in %

2002	- 3,3	- 3,6	- 0,3	- 31,0	- 6,0	- 22,4
2003	+ 1,1	+ 0,9	- 0,2	+ 47,3	+ 19,0	+ 7,5
2004	+ 8,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 11,8	- 24,8	+ 77,6
2005	+ 16,1	+ 17,1	+ 0,8	+ 15,2	+ 5,7	+ 39,4
2006	+ 0,9	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 15,3	- 17,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

Die Österreichische Finanzmarktaufsicht erließ 2006 eine Verordnung über die Gewinnbeteiligung in der Lebensversicherung (BGBl. II Nr. 398/2006), wonach bei Versicherungsverträgen mit Gewinnbeteiligung den Versicherten ein angemessener Teil des Überschusses übertragen werden muss. Die Gewinnbeteiligung muss im Zeitverlauf mindestens 85% der Bemessungsgrundlage ausmachen, die weitgehend dem versicherungstechnischen Ergebnis entspricht ohne Berücksichtigung der nichtrealisierten Gewinne und Verluste in der fondsgebundenen Lebensversicherung und ohne Abzug der Aufwendungen für die erfolgsabhängige Prämienrückerstattung. Dabei wird eine dynamische Betrachtung angewandt: Direktgutschriften aus der Vergangenheit, die über der jeweiligen Mindestgewinnbeteiligung lagen, können auf Fehlbeträge des laufenden Geschäftsjahres angerechnet werden. Die Verordnung trat am 1. Jänner 2007 in Kraft.

Die gegenläufige Entwicklung der Leistungen und des Aufbaus versicherungstechnischer Rückstellungen und die erfolgreiche Verminderung der Vertriebs- und Verwaltungskostensätze ermöglichten den Versicherungsunternehmen eine Ausweitung des versicherungstechnischen Ergebnisses, die sich auch im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) von 313,7 Mio. € (2005: 278,4 Mio. €) niederschlug. Die Eigenkapitalrendite (EGT in Prozent des Eigenkapitals) stieg damit leicht auf 16,2% (2005: 15,6%).

Die Zahl der versicherten Risiken nahm 2006 mit +0,9% weiter zu. Im direkten Vergleich mit dem Vorjahr (2005: +8,4%) erscheint diese Rate niedrig. Der hohe Vorjahreswert wurde jedoch durch den Markteintritt eines Spezialversicherers für Kinderkrankenversicherungen mit niedrigen Versicherungssummen überzeichnet. In der herkömmlichen privaten Krankenzusatzversicherung fiel die um diesen Markteintritt bereinigte Zunahme der Risiken wesentlich geringer aus (2005 +0,2%); die Zahl der versicherten Risiken stieg damit das dritte Jahr in Folge verhalten. Dabei entwickelte sich die Einzelversicherung günstiger als die Gruppenversicherung. Die Krankenzusatzversicherung scheint als freiwillige Sozialleistung weiterhin an Bedeutung zu verlieren (-2,2%), sie dürfte durch Gruppen-Lebensversicherungen substituiert werden. Die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle erreichte in dieser Sparte 2006 mit 1,67 Mio. € wieder einen Höchststand (+4,2%).

Die Prämieinnahmen erhöhten sich in der Krankenversicherung 2006 mäßig (Übersicht 4). Die dynamische, tendenziell preisgetriebene Zunahme der letzten Jahre schwächte sich etwas ab. Die Trennung von Mengen- und Preiseffekten ist 2006 schwierig, weil die im Verbraucherpreisindex ausgewiesene Preiserhöhung (Übersicht 2) über dem Umsatzwachstum lag und gleichzeitig die Zahl der versicherten Risiken zunahm. In dieser widersprüchlichen Datenlage könnte der Mengeneffekt etwa ein Drittel der Prämienausweitung erklären.

Für die Gewinnbeteiligung der Lebensversicherten gilt nunmehr eine durch die Finanzmarktaufsicht festgelegte Mindestgrenze. Sie muss nicht jedes Jahr eingehalten werden, weil Über- und Unterschreitungen im Zeitverlauf gegengerechnet werden können.

Die Eigenkapitalrendite war in der Lebensversicherung geringfügig höher als im Vorjahr.

Neuerlich Ausweitung der Risiken in der Krankenversicherung

Die Trennung zwischen Mengen- und Preiseffekt ist für die Entwicklung der Krankenversicherung 2006 schwierig.

Die fortschreitende Zerlegung von Behandlungsfällen in mehrere Schritte scheint auf die private Krankenversicherung keine kostentreibenden Auswirkungen zu haben.

Deutlicher als in den letzten Jahren blieb das Ausgabenwachstum in der Krankenversicherung 2006 hinter dem Anstieg der Schaden- und Leistungsfälle zurück (Übersicht 4). Die Finanzierungsreform der Krankenanstalten gibt unvermindert Anreize, bei verkürzter Aufenthaltsdauer im Spital eine Behandlung in mehrere Behandlungsschritte zu zerlegen. Für die private Krankenversicherung scheint diese Strategie nicht mit einer überdurchschnittlichen Kostensteigerung verbunden zu sein.

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle ¹⁾	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			In %	
2002	1.259	1.000	79,4	130	171
2003	1.306	1.029	78,8	111	174
2004	1.354	1.056	78,0	131	206
2005	1.406	1.084	77,2	145	213
2006	1.444	1.094	75,7	150	238
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2002	+ 3,8	+ 0,5	- 3,2	- 8,8	- 2,7
2003	+ 3,7	+ 2,9	- 0,8	- 14,1	+ 1,7
2004	+ 3,6	+ 2,6	- 1,0	+ 17,3	+ 18,5
2005	+ 3,8	+ 2,6	- 1,1	+ 11,1	+ 3,4
2006	+ 2,8	+ 0,9	- 1,9	+ 3,5	+ 11,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Einschließlich Prämienrückerstattung.

Die Eigenkapitalrendite erreichte in der privaten Krankenversicherung 2007 einen neuen Höchstwert.

Die Schadenquote (Leistungen in Prozent der Prämieinnahmen) sank 2006 weiter und schuf damit die Grundlage für eine Steigerung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Die Finanzerträge als zweite Einnahmenquelle unterstützten diese Entwicklung. Ähnlich wie in der Lebensversicherung wurde auch in der Krankenversicherung eine Verordnung über die Gewinnbeteiligung für Verträge mit einer erfolgsabhängigen Prämienrückerstattung erlassen (BGBl. II Nr. 120/2007). Die Gewinnbeteiligung muss mindestens 85% der Bemessungsgrundlage ausmachen, wobei ein Ausgleich mit vergangenen Geschäftsjahren möglich sein wird. Die Verordnung ist für Geschäftsjahre, die nach dem 30. Dezember 2007 enden, anzuwenden. Trotz der überdurchschnittlich hohen Ausweitung der versicherungstechnischen Rückstellungen gelang den Versicherungsunternehmen eine Anhebung des EGT um 16,7% auf 72,2 Mio. €. Die Eigenkapitalrendite – berechnet als Verhältnis des EGT zum Eigenkapital – betrug 2006 sogar 34% (2005: 27,1%).

Schaden-Unfallversicherung: weiterhin Rückgang der Schadenquote

Der starke Schneefall zu Jahresbeginn 2006 verursachte verbreitet Schäden durch Schneedruck.

Das Mengengerüst gibt 2006 in der Schaden-Unfallversicherung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite eine reale Expansion wieder. Die Zahl der Risiken wurde um 1,6% ausgeweitet. Gleichzeitig nahm die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle deutlich zu (+5,8%). Die Analyse der Versicherungskomponenten im Verbraucherpreisindex zeigte bereits einen Widerspruch zwischen der gemessenen Inflation von Versicherungsprodukten und der Entwicklung der durchschnittlichen Prämie. Während die Durchschnittsprämie in der Kfz-Versicherung rückläufig war oder stagnierte, stieg sie in den anderen Sparten. Insofern ging 2006 die leichte Abschwächung der Prämiedynamik ebenso wie die kräftige Expansion der Aufwendungen für Versicherungsfälle auf Mengeneffekte zurück (Übersicht 5).

Der Winter 2006 war durch eine kleine Naturkatastrophe (starker Schneefall) geprägt. Durch Schneedruck wurden etliche Gebäude beschädigt, sogar Todesopfer waren zu beklagen. Die Versicherungswirtschaft schätzte den Schaden daraus auf insgesamt 250 Mio. €. In der Sturmschaden- und der Leitungswasserschadenversicherung waren die Schadenquoten 2006 entsprechend hoch (186,4% bzw. 74,7%).

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechni- schen Rückstellungen
	Mio. €			
2002	7.559	565	6.011	27
2003	7.861	567	5.490	34
2004	8.367	648	5.550	56
2005	8.724	847	5.642	61
2006	8.888	967	5.999	40
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2002	+ 8,3	- 18,3	+ 22,6	- 31,5
2003	+ 4,0	+ 0,4	- 8,7	+ 28,4
2004	+ 6,4	+ 14,2	+ 1,1	+ 63,1
2005	+ 4,3	+ 30,8	+ 1,7	+ 9,7
2006	+ 1,9	+ 14,1	+ 6,3	- 35,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Diskussion um die Absicherung von Gefahren aus Naturkatastrophen belebte sich 2006. Das WIFO weist in einer aktuellen Studie (Sinabell – Url, 2007) auf den engen Zusammenhang zwischen den Anreizen aus der Kompensation von Schäden und der Bereitschaft zu schadenmindernden Aktivitäten vor und während einer Naturkatastrophe hin. Nur ein verpflichtendes Versicherungssystem mit risikoadäquaten Prämien und Selbstbehalten kann diese Anreize in ausreichendem Ausmaß setzen. Organisiert würde eine Versicherung gegen Naturkatastrophen theoretisch innerhalb eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (Doherty – Dionne, 1993); ein Informationsaustausch zwischen Versicherer und öffentlicher Hand könnte auch die öffentlichen Ausgabenströme für Vorbeugemaßnahmen effizienter steuern.

In der Sparte Schaden-Unfall stieg das Finanzergebnis 2006 kräftig und glich so die geringfügige Verschlechterung des versicherungstechnischen Ergebnisses aus. Insgesamt blieb die Eigenkapitalrendite mit 16,3% des Eigenkapitals knapp unter dem Wert des Vorjahres (2005: 17,2%).

Entsprechend der allgemeinen Abschwächung des Prämienwachstums und der verminderten Zunahme versicherungstechnischer Reserven in der Lebensversicherung verlor auch der Aufbau versicherungswirtschaftlicher Kapitalanlagen an Dynamik (Übersicht 6). Der Wandel der Veranlagungsstruktur setzte sich 2006 fort: Die Versicherer zogen sich weiter aus illiquiden Veranlagungsformen zurück, und die direkte Finanzierung der öffentlichen Hand durch Darlehen und der Besitz von Immobilien wurden eingeschränkt. Zugleich setzten die Unternehmen vermehrt auf festverzinsliche Wertpapiere und Anteilsscheine. Neben der längerfristig zu beobachtenden Auslagerung der Kapitalveranlagung aus den Versicherungsunternehmen dürfte 2006 der starke Absatz fondsgebundener Lebensversicherungen und der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge eine Umschichtung in Anteile an Investmentfonds bewirkt haben. Die Versicherer verringerten 2006 ihren Bargeldbestand bei Kreditinstituten.

Die Korrektur der Bewertung von verbrieften Hypothekarkrediten in den USA seit August 2007 verursachte auf den europäischen Finanzmärkten kräftige Turbulenzen. Finanzintermediäre als potentielle Käufer dieser Wertpapiere gerieten in Liquiditätseingpässe, weil deren Wertberichtigungsbedarf unbekannt war. Die österreichischen Versicherer waren im August 2007 mit 2,6% ihres Vermögens in solchen Wertpapieren veranlagt; die FMA ermittelte einen "theoretischen Abwertungsbedarf" von 0,03% (FMA, Pressemitteilung vom 29. August 2007). Ein substantieller Kapitalverlust und damit verbunden ein dramatischer Rückgang der Veranlagungsrendite sollte daher vermieden werden können.

Eine Versicherungslösung zum Schadenausgleich bei Naturkatastrophen kann den Gesamtschaden verringern, weil im Vorfeld und während einer Naturkatastrophe ausreichend Anreize zur Schadenminderung entstehen.

Aufbau der Kapitalanlagen verlangsamt

Die österreichischen Versicherer waren 2007 in geringem Umfang in verbrieften Hypothekarkrediten aus den USA veranlagt. Der Abwertungsbedarf ist jedoch nicht groß.

Übersicht 6: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kreditunternehmen	Insgesamt	Wertpapiere		Darlehensforderungen, Polizzen-darlehen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapitalanlagen	Kapitalanlagen insgesamt (ohne Depotforderungen)
			Festverzinslich	Anteilsrechte					
Mio. €									
2002	995	33.204	17.307	15.896	8.018	3.549	5.921	40	51.726
2003	1.174	34.747	19.201	15.546	7.358	3.571	6.881	71	53.802
2004	1.647	38.725	21.194	17.532	6.660	3.363	7.252	46	57.693
2005	1.623	45.001	23.570	21.431	5.820	3.290	7.843	116	63.693
2006	1.220	49.406	26.146	23.260	4.440	3.117	9.068	136	67.389
Anteile in %									
2002	1,9	64,2	33,5	30,7	15,5	6,9	11,4	0,1	100,0
2003	2,2	64,6	35,7	28,9	13,7	6,6	12,8	0,1	100,0
2004	2,9	67,1	36,7	30,4	11,5	5,8	12,6	0,1	100,0
2005	2,5	70,7	37,0	33,6	9,1	5,2	12,3	0,2	100,0
2006	1,8	73,3	38,8	34,5	6,6	4,6	13,5	0,2	100,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Rendite auf Kapitalanlagen nähert sich Sekundärmarktrendite

Mit Ausnahme der Schaden-Unfallversicherung sanken 2006 die Renditen auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen (Übersicht 7). Da gleichzeitig die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen anzog, verringerte sich der Zinsabstand in der Lebensversicherung besonders ausgeprägt von 3,3 auf 2,2 Prozentpunkte. Obwohl die Phase niedriger Sekundärmarktrenditen seit mehreren Jahren anhält, schlug dies auch 2006 nicht auf die erwirtschaftete Rendite durch.

Übersicht 7: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Rendite in %		
		Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
2001	4,6	6,1	5,9	6,8
2002	4,4	4,0	4,9	5,5
2003	3,4	5,6	4,0	5,3
2004	3,4	5,9	4,3	5,8
2005	3,0	6,3	4,4	6,9
2006	3,6	5,9	4,2	7,2

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Private Insurers Faced with Muted Premium Growth in 2006 – Summary

In 2006, the course of Austrian insurance business differed from the international trend. The global market recorded strong growth rates in life insurance, while the premium income from non-life insurance rose at a considerably more modest pace. In Austria, on the other hand, non-life insurance acted as the motor of growth, whereas life insurance did not add much to the already high starting level from the previous year (+0.9 percent). Seen altogether, premium growth was sluggish (+1.5 percent). Projections for 2007 expect some upturn, driven by the life insurance, to altogether +3.1 percent.

On the benefits side, payments to insurees expanded substantially both in life and casualty insurance. The former was characterised by echo effects of the tax reform of 1996 – a considerable number of simple premium deposits of ten-year duration matured. Casualty insurance reported surprisingly high claims from snow-caused damages at the start of the year.

The significant increase of payouts to insurees in 2006 was financed from a reduction in the allocation to actuarial reserves. This prevented upheavals in the profit on ordinary activities, while dampening the growth of capital invested. In 2006, investment yields in life insurance converged to the secondary market yield for Austrian government bonds, although the gap still amounted to +2.2 percentage points.

For the consumer price index, prices of insurance products acted as a pruning influence. The key products in the motor insurance line experienced price cuts. Preliminary figures for 2007 indicate that prices of insurance products will rise in line with general inflation.

- Baumgartner, J., Hofer, H., Kaniovski, S., Schuh, U., Url, Th., "A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM). Model Documentation and Simulations", WIFO Working Paper, 2004, (224), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=25186&typeid=8&display_mode=2.
- Baumgartner, J., Hofer, H., Kaniovski, S., Schuh, U., Url, Th., "Employment and Growth in an Aging Society: A Simulation Study for Austria", *Empirica*, 2006, 33(1), S. 19-33.
- Doherty, N. A., Dionne, G., "Insurance with Undiversifiable Risk: Contract Structure and Organizational Form of Insurance Firms", *Journal of Risk and Insurance*, 1993, 60, S. 187-203.
- Horwitz, K., "Private Vorsorge boomt", *Versicherungsrundschau*, 2006, (10), S. 20-21.
- Österreichische Finanzmarktaufsicht, *Der Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge 2006*, Wien, 2007.
- Pingera, W., Pöltner, W., Stefanits, H., *Das neue Pensionsrecht*, Manz, Wien, 2005.
- Sinabell, F., Url, Th., *Versicherungen als effizientes Mittel zur Risikotragung von Naturgefahren*, WIFO, Wien, 2007, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28181&typeid=8&display_mode=2.
- Swiss Re, "World Insurance in 2006: World Insurance Premiums Came Back to 'Life'", *Sigma*, Zürich, 2007, (4), <http://www.swissre.com/>.
- Url, Th., "Finanzdienstleistungen in der VGR: Die Versicherungswirtschaft", *WIFO-Monatsberichte*, 2002, 75(2), S. 99-106, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=21331&typeid=8&display_mode=2.